**Ersatzerklärung**

|  |  |
| --- | --- |
| CIG: |  |
| Beschreibung: |  |

Herr/Frau \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ als (bevollmächtigter Vertreter) des Unternehmens \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ mit Rechtssitz in der Gemeinde \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ (\_\_\_\_\_), Steuernummer: \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_, Mehrwertsteuernummer: \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

Gewähltes Domizil für die Mitteilungen nach GvD Nr. 50/2016, Art. 76, Abs. 6:

Zertifizierte Email-Adresse (PEC) \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_;

und, beschränkt auf die folgenden Buchstaben sub a), b), c), d), e), f), g) auch im Namen und für die folgenden Subjekte[[1]](#footnote-1) (alle technischen Leiter und Gesellschafter, welche im Unternehmen tätig sind)

erklärt

**in Kenntnis der Bestimmungen von Art. 76 des D.P.R. 28.12.2000 Nr. 445 sowie der sich daraus ergebenden strafrechtlichen Folgen bei unwahren Angaben, Vorlage gefälschter Unterlagen oder Vorlage von Unterlagen, welche nicht mehr der Wahrheit entsprechende Daten enthalten,**

**dass keine der in Art. 80 des G.v.D. Nr. 50/2016 angeführten Gründe für den Ausschluss von der Teilnahme an einem Ausschreibungs- oder Konzessionsverfahren bestehen.**

Insbesondere erklärt er,

1. dass gegen ihn selbst und gegen die oben genannten Personen/Subjekte keine rechtskräftige Verurteilung oder kein unwiderruflich gewordener Strafbefehl und auch keine Verurteilung im Sinne von Artikel 444 der Strafprozessordnung – sogenannte “Strafzumessung” – für eine der folgenden Straftaten ausgesprochen worden ist:
2. begangene oder versuchte Straftaten im Sinne der Artt. 416, 416-bis des Strafgesetzbuches oder begangene Straftaten unter Ausnutzung der Umstände des vorgenannten Artikel 416-bis oder um die in demselben Artikel vorgesehenen Tätigkeiten der mafiösen Vereinigungen zu unterstützen sowie für begangene oder versuchte Straftaten im Sinne von Art. 74 des D.P.R. vom 9. Oktober 1990 Nr. 309 , Art. 291-quater des D.P.R. vom 23. Jänner 1973 Nr. 43 und Art. 260 des G.v.D vom 3. April 2006 Nr. 152, welche die Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung im Sinne von Artikel 2 des Rahmenbeschlusses 2008/841/GAI des Rates betreffen;
3. begangene oder versuchte Straftaten im Sinne der Artt. 317, 318, 319, 319-ter, 319-quater, 320, 321, 322, 322-bis, 346-bis, 353, 353-bis, 354, 355 e 356 des Strafgesetzbuches sowie im Sinne von Art. 2635 des Zivilgesetzbuches;
4. Betrug im Sinne von Artikel 1 des Übereinkommens über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften;

**Ersatzerklärung Ausschlussgründe nach Art. 80 des G.v.D. Nr. 50/2016**

1. begangene oder versuchte Straftaten mit terroristischer Zielsetzung, auch auf internationaler Ebene sowie begangene oder versuchte terroristische Straftaten mit dem Ziel eines Umsturzes der verfassungsmäßigen Ordnung oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten;
2. e) Straftaten im Sinne der Artt. 648-bis, 648-ter und 648-ter.1 des Strafgesetzbuches, Geldwäsche mit Erträgen aus kriminellen Aktivitäten oder Terrorismusfinanzierung, so wie beschrieben von Artikel 1 des Gesetzesdekrets vom 22. Juni 2007 Nr. 109 in der jeweils gültigen Fassung;
3. f) Ausbeutung von Kinderarbeit und anderen Formen des Menschenhandels im Sinne des Gesetzesdekrets vom 4. März 2014 Nr. 24;
4. g) jede andere Straftat, die mittels Zusatzstrafe das Verbot eines Vertragsabschlusses mit der öffentlichen Verwaltung zur Folge hat,

oder

wegen folgender Straftaten verurteilt worden zu sein: (Angabe der Person(en) unter Angabe ihrer Rolle, Anklagepunkte, Strafe)

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

1. dass es keinen Grund für einen Amtsverfall, eine Enthebung von den Amtsbefugnissen oder ein Verbot gemäß Artikel 67 des G.v.D. vom 6. September 2011 Nr. 159 oder wegen des Versuchs der mafiösen Unterwanderung gemäß Artikel 84, Absatz 4 desselben G.v.D. gibt;
2. dass der Wirtschaftsteilnehmer keine schwerwiegenden Verstöße gegen die Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Zahlung von Steuern, Abgaben oder Sozialversicherungsbeiträgen begangen hat, die nach der italienischen Gesetzgebung oder der jenes Staates, in dem er niedergelassen ist, endgültig festgestellt wurden;
3. dass der Wirtschaftsteilnehmer keine schwerwiegenden und entsprechend festgestellten Verstöße gegen die Vorschriften über Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz sowie die Verpflichtungen gemäß Artikel 30 Absatz 3 des G.v.D. Nr. 50/2016 begangen hat;
4. dass sich der Wirtschaftsteilnehmer nicht in Konkurs, Zwangsliquidation oder in einem Ausgleichsverfahren befindet, außer es handelt sich um ein Verfahren mit Betriebsfortsetzung oder dass kein Verfahren zur Feststellung einer dieser Situationen behängt, unbeschadet der Bestimmungen des Artikels 110 des G.v.D. Nr. 50/2016;

**Ersatzerklärung Ausschlussgründe nach Art. 80 des G.v.D. Nr. 50/2016**

1. dass der Wirtschaftsteilnehmer kein schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten begangen hat, das seine Integrität oder Zuverlässigkeit in Frage stellt[[2]](#footnote-2);
2. dass die Beteiligung des Wirtschaftsteilnehmers keinen Interessenkonflikt gemäß Artikel 42 Absatz 2 des G.v.D. Nr. 50/2016 darstellt, der nicht anderweitig gelöst werden kann;
3. dass die Teilnahme nicht zu einer Wettbewerbsverzerrung führt, welche sich aus einer vorhergehenden Beteiligung an der Vorbereitung des Ausschreibungsverfahrens gemäß Artikel 67 des G.v.D. Nr. 50/2016 ergibt, die nicht mit weniger einmischenden Maßnahmen gelöst werden kann;
4. dass der Wirtschaftsteilnehmer weder der in Artikel 9, Absatz 2, Buchstabe C des G.v.D. Nr. 231 vom 8. Juni 2001 genannten Verbotsstrafe noch einer anderen Strafe unterworfen wurde, die den Abschluss von Verträgen mit der öffentlichen Verwaltung verbietet, einschließlich der in Artikel 14 des G.v.D. Nr. 81 vom 9. April 2008 genannten Verbotsmaßnahmen;
5. dass der Wirtschaftsteilnehmer im von der Beobachtungsstelle ANAC geführten informatischen Strafregister keinerlei Eintragung bezüglich abgegebener Falscherklärungen oder der Vorlage falscher Unterlagen zum Zwecke der Ausstellung des Befähigungsnachweises aufweist und dies jedenfalls für den Zeitraum, in welchem er in besagtem Register eingetragen ist;
6. dass der Wirtschaftsteilnehmer nicht gegen das Verbot der treuhänderischen Registrierung gemäß Artikel 17 des Gesetzes vom 19. März 1990 Nr. 55 verstoßen hat;
7. dass der Wirtschaftsteilnehmer im Sinne von Art. 17 des Gesetzes vom 12. März 1999 Nr. 68 ( das entsprechend Zutreffende ankreuzen)

[ ]  die Vorschriften über das Recht auf Arbeit für Behinderte erfüllt, da er die Bestimmungen des Gesetzes Nr. 68/1999 oder \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ (das entsprechende Gesetz des ausländischen Staates anführen) eingehalten hat . Die Verpflichtungen sind bei folgendem Amt erfüllt worden: \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ in \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_, Straße/Platz \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ Nr. \_\_\_\_\_\_\_, Fax \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ Email \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_;

[ ]  aus folgenden Gründen nicht den im Gesetz Nr. 68/99 niedergelegten Verpflichtungen der obligatorischen Beschäftigung unterliegt: (die Gründe für die Befreiung angeben) \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

[ ]  in \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ (ausländischen Staat angeben) bestehen keine Rechtsvorschriften über die obligatorische Beschäftigung von Menschen mit Behinderung;

1. dass der Wirtschaftsteilnehmer (das entsprechend Zutreffende ankreuzen):

[ ]  nicht Opfer der in den Artikeln 317 und 629 des Strafgesetzbuches vorgesehenen und nach Artikel 7 des Gesetzesdekrets vom 13. Mai 1991 Nr. 152 verschärften Straftaten geworden ist, dies auch hinsichtlich der mit Gesetz vom 12. Juli 1991 Nr. 203 vorgenommen Änderungen/Umwandlung;

[ ]  ein Opfer dieser Straftaten war und die Angelegenheit den Justizbehörden gemeldet hat;

**Ersatzerklärung Ausschlussgründe nach Art. 80 des G.v.D. Nr. 50/2016**

[ ]  Opfer der in den Artikeln 317 und 629 des Strafgesetzbuches vorgesehenen und nach Artikel 7 des Gesetzesdekrets vom 13. Mai 1991 Nr. 152 verschärften Straftaten geworden ist, dies auch hinsichtlich der mit Gesetz vom 12. Juli 1991 Nr. 203 vorgenommen Änderungen/Umwandlung und den Justizbehörden den Sachverhalt nicht mitgeteilt hat, da die in Artikel 4 Absatz 1 des Gesetzes vom 24. November 1981 Nr. 689 vorgesehenen Fälle zutreffen.

1. ( das entsprechend Zutreffende ankreuzen)

[ ]  dass der Wirtschaftsteilnehmer in keiner der in Artikel 2359 des Zivilgesetzbuches genannten Situationen der Kontrolle oder in irgendeiner Beziehung, auch nicht de facto, zu einer Person steht, wenn die Situation der Kontrolle oder des Verhältnisses bedeutet, dass die Angebote einem einzigen Entscheidungszentrum zuzurechnen sind, und dass er sein Angebot unabhängig formuliert hat.

oder

[ ]  dass dem Wirtschaftsteilnehmer nicht bekannt ist, dass Personen, die sich in Bezug auf ihn in einer der in Artikel 2359 des Bürgerlichen Gesetzbuches genannten Kontrollsituationen oder in irgendeiner Beziehung, auch de facto, zu einer Person befinden, an demselben Verfahren teilnehmen, wenn die Kontrollsituation oder das Verhältnis bedeutet, dass die Angebote einem einzigen Entscheidungszentrum zuzurechnen sind und dass sie ihr Angebot unabhängig formuliert haben.

oder

[ ]  dass dem Wirtschaftsteilnehmer bekannt ist, dass Personen, die sich in Bezug auf ihn in einer der in Artikel 2359 genannten Kontrollsituationen oder in irgendeiner Beziehung, auch de facto, zu einer Person befinden, an demselben Verfahren teilnehmen, wenn die Kontrollsituation oder das Verhältnis bedeutet, dass die Angebote einem einzigen Entscheidungszentrum des Zivilgesetzbuches zuzurechnen sind, und dass er das Angebot unabhängig formuliert hat.

und erklärt

[ ]  das oben angeführte Unternehmen ist im Landesportal für elektronische Vergaben eingetragen und ich bestätigt, dass die dort eingegeben Daten des Unternehmens gültig nach wie vor auf dem letzten Stand sind;

oder

[ ]  das oben angeführte Unternehmen ist nicht im Landesportal für elektronische Vergaben eingetragen.

Nachfolgende Daten des Unternehmens.

|  |
| --- |
| NISF von \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_Matrikel-Nr. : \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ |
| INAIL von \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_Matrikel-Nr. : \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ |
| (bei Bedarf) Bauarbeiterkasse von Matrikel-Nr.: \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ |
| Kollektivvertrag: \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ |
| Anzahl der Angestellten: \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ |

**Bekämpfung der Korruption**

1. Ich verpflichte mich die Bestimmungen des Art. 2, Abs. 3 des D.P.R. Nr. 62/2013 „Verordnung betreffend den Verhaltenskodex der öffentlich Bediensteten”, des Art. 54 des GvD Nr. 165/2001, sowie den Verhaltenskodexes der Gemeinde Toblach, unter Strafe der Vertragsauflösung, einzuhalten, auch wenn diese dem Vertrag nicht materiell beigefügt werden.
2. Im Sinne von Art. 53, Abs. 16-ter GvD 165/2001 erkläre ich keine Mitarbeiter eingestellt zu haben, die in den letzten drei Dienstjahren Vertrags- oder Entscheidungsbefugnisse der öffentlichen Verwaltung ausgeübt haben und sich darüber bewusst zu sein, dass Verträge, die unter Verstoß gegen diese Bestimmung abgeschlossen wurden, nichtig sind und dass die etwaigen bezogenen und festgestellten Vergütungen, welche sich auf diese beziehen, zurückerstattet werden müssen.

**Umweltkriterien (CAM)**

Ich bestätige, dass die gegenständliche Lieferung bzw. Dienstleistung den vom Gesetz vorgesehenen Umweltkriterien entspricht, sofern Umweltkriterien vorgesehen sind.

**Rückverfolgbarkeit der Zahlungsflüsse**

Es wird im Sinne des Gesetzes Nr. 136/2010 folgendes Konto verwendet:

1. K.K. Nr.: \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ IBAN \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_
2. K.K. Nr.: \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ IBAN \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_
3. K.K. Nr.: \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ IBAN \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_
4. K.K. Nr.: \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ IBAN \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_
5. K.K. Nr.: \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ IBAN \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

Folgende Personen verfügen über das oben angeführte Kontokorrentkonto bzw. über die oben angeführten Kontokorrentkonten.

1. Herr/Frau \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_,geb. am \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_, Steuer-Nr. \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_
2. Herr/Frau \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_,geb. am \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_, Steuer-Nr. \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_
3. Herr/Frau \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_,geb. am \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_, Steuer-Nr. \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_
4. Herr/Frau \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_,geb. am \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_, Steuer-Nr. \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_
5. Herr/Frau \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_,geb. am \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_, Steuer-Nr. \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

Wir weisen Sie darauf hin, dass alle sich ergebenden Änderungen der angegeben Daten unverzüglich mitgeteilt werden müssen.

**Erklärung im Sinne des GVD Nr. 81/2008**

Der / Die unterfertigte gesetzliche Vertreter/in des oben angeführten ausführenden und/oder beauftragten Unternehmens/ Selbständige (Arbeitgeber) erklärt, im Besitze der Voraussetzungen für die technisch-fachliche Eignung, welche vom Anhang XVII des Einheitstextes (GvD Nr. 81/2008) i.g.F. vorgesehen sind, zu sein

**Überprüfung der Voraussetzungen**

Die Gemeinde Toblach überprüft jährlich stichprobenartig den Besitz der allgemeinen Voraussetzungen der einzelnen Wirtschaftsteilnehmer, bei mindestens 6% der gesamten Vergabeverfahren.

Die Gemeinde Toblach behält sich das Recht vor, gemäß Art. 1456 des Zivilgesetzbuches, mit einfacher Mitteilung an den Zuschlagsempfänger sich der Aufhebungsklausel bedienen zu wollen, falls festgestellt wird, dass der Zuschlagsempfänger zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe, gemäß Art. 32 des Landesgesetzes Nr. 16 vom 17. Dezember 2015 nicht im Besitz der für die Teilnahme erforderlichen Voraussetzungen war.

|  |  |
| --- | --- |
| Ort \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_, Datum \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ | Unterschrift des gesetzlichen Vertreters\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ |

(Bitte eine Kopie der Identitätskarte beilegen.)

|  |  |
| --- | --- |
| ***Information gemäß Artikel 12, 13 und 14 der EU-Verordnung 2016/679, ALLGEMEINE INFORMATION*** | ***Informativa ai sensi degli artt. 12, 13 e 14 del Regolamento UE 2016/679, GENERALE*** |
| Wir möchten Sie darüber informieren, dass die EU-Verordnung 2016/679 über den Schutz personenbezogener Daten den Schutz der Vertraulichkeit personenbezogener Daten natürlicher Personen vorsieht. Die personenbezogenen Daten werden von dieser Verwaltung ausschließlich zur Erfüllung institutioneller Aufgaben erhoben und verarbeitet. | Desideriamo informarLa che il Regolamento UE 2016/679, in materia di Protezione dei Dati Personali, prevede la tutela della riservatezza dei dati personali relativi alle persone fisiche. I dati personali sono raccolti e trattati da questa amministrazione esclusivamente per lo svolgimento di funzioni istituzionali. |
| **Zweck der Datenverarbeitung** | **Finalità del trattamento dei dati** |
| Die personenbezogenen Daten werden im Rahmen der normalen Verwaltungstätigkeit zur Erfüllung institutioneller, administrativer und buchhalterischer Funktionen oder zu Zwecken, die eng mit der Ausübung von Rechten und Befugnissen, die den Bürgern und Verwaltern zustehen, zusammenhängen, erhoben und verarbeitet. | I dati personali vengono raccolti e trattati nelle normali attività d’ufficio per l’adempimento di funzioni istituzionali, amministrative, contabili o per finalità strettamente correlate all’esercizio di poteri e facoltà riconosciute ai cittadini e agli amministratori.  |
| Die Verarbeitung personenbezogener Daten ist rechtmäßig, soweit sie für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen der Verarbeitung übertragen wurde. | Il trattamento dei dati personali è lecito in quanto necessario per l’esecuzione di un compito di interesse pubblico o connesso all’esercizio di pubblici poteri di cui è investito il titolare del trattamento. |
| **Verarbeitung von besonderen Daten und/oder von personenbezogenen Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten**  | **Trattamento di dati particolari e/o di dati relativi a condanne penali e reati** |
| Die Verarbeitung von besonderen personenbezogenen Daten und/oder von Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten erfolgt, wenn diese in Ersatzerklärungen gemäß D.P.R. Nr. 445/2000 enthalten sind oder weil die Verarbeitung besagter Daten von anderen spezifischen Rechtsbestimmungen vorgesehen ist.  | Il trattamento di dati particolari e/o di dati relativi a condanne penali e reati avviene in quanto contenutiin dichiarazioni sostitutive previste dal D.P.R. n. 445/2000 o in quanto il trattamento dei predetti dati è previsto da altre specifiche disposizione normative.  |
| Besondere personenbezogene Daten sind jene, aus denen die rassische und ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen oder die Gewerkschafts-zugehörigkeit hervorgehen, sowie genetische Daten, biometrische Daten zur eindeutigen Identifizierung einer natürlichen Person, Gesundheitsdaten oder Daten zum Sexualleben oder zur sexuellen Orientierung einer natürlichen Person. | Si intendono per dati particolari i dati personali che rivelino l’origine razziale o etnica, le opinioni politiche, le convinzioni religiose o filosofiche, o l’appartenenza sindacale, nonché i dati genetici, i dati biometrici intesi a identificare in modo univoco una persona fisica, i dati relativi alla salute o alla vita sessuale o all’orientamento sessuale della persona. |
| **Verarbeitungsmethoden** | **Modalità del trattamento** |
| Die Daten werden mit informatischen Systemen und/oder in händischer Form verarbeitet, jedenfalls mittels geeigneter Verfahren, welche die Sicherheit und Vertraulichkeit und die Verfügbarkeit derselben gewährleisten. | I dati vengono trattati con sistemi informatici e/o manuali attraverso procedure adeguate a garantire la sicurezza e la riservatezza e la disponibilità degli stessi. |
| **Die Mitteilung der Daten** | **Il conferimento dei dati** |
| ist obligatorisch und bedarf nicht der Zustimmung der betroffenen Personen. | ha natura obbligatoria e non richiede il consenso degli interessati. |
| **Die fehlende Mitteilung der Daten** | **Non fornire i dati comporta** |
| hat zur Folge, dass Gesetzespflichten missachtet werden und/oder dass diese Verwaltung daran gehindert wird, den von den betroffenen Personen eingereichten Anträgen zu entsprechen. | non osservare obblighi di legge e/o impedire che questa amministrazione possa rispondere alle richieste presentate dagli interessati. |
| **Die Daten können mitgeteilt werden** | **I dati possono essere comunicati** |
| allen Rechtssubjekten (Ämtern, Körperschaften und Organen der öffentlichen Verwaltung, Betrieben oder Einrichtungen), welche im Sinne der Bestimmungen verpflichtet sind, diese zu kennen, oder diese kennen dürfen, sowie jenen Personen, die Inhaber des Aktenzugriffsrechtes oder des allgemeinen Bürgerzugangs sind. Im Falle von besonderen personenbezogenen Daten und/oder von Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten erfolgt die Mitteilung an die in der Verordnung für die Verarbeitung von sensiblen und Gerichtsdaten (Maßnahme der Datenschutzbehörde vom 30.05.2005) angegebenen Rechtssubjekte und in den dort angeführten Formen. | a tutti i soggetti (Uffici, Enti ed Organi della Pubblica Amministrazione, Aziende o Istituzioni) che, secondo le norme, sono tenuti a conoscerli o possono conoscerli, nonché ai soggetti che sono titolari del diritto di accesso o del diritto di accesso civico generalizzato. In caso di dati particolari e/o dati relativi a condanne penali e reati la comunicazione avviene ai soggetti e nelle forme indicati nel regolamento per il trattamento dei dati sensibili e giudiziari, di cui al Provvedimento del Garante per la protezione dei dati personali del 30.05.2005.  |
| **Die Daten können** | **I dati potranno essere conosciuti**  |
| vom Verantwortlichen, von den Auftragsverarbeitern, dem Datenschutz-beauftragten, den Beauftragten für die Verarbeitung personenbezogener Daten und vom Systemverwalter dieser Verwaltung zur Kenntnis genommen werden. | dal titolare, dai responsabili del trattamento, dal responsabile della protezione dei dati personali, dagli incaricati del trattamento dei dati personali e dagli amministratori di sistema di questa amministrazione. |
| **Die Daten werden** | **I dati potranno essere diffusi** |
| ausschließlich in dem von den Bestimmungen erlaubten Rahmen verbreitet. | nei soli termini consentiti dalle normative**.** |
| **Zeitliche Dauer der Datenverarbeitungen und der Speicherung der personenbezogenen Daten** | **Durata temporale dei trattamenti e della conservazione dei dati personali** |
| Die Verarbeitungen laut vorliegender Information werden zeitlich nur so lange andauern wie unbedingt notwendig, um der Erfüllung der Verpflichtungen nachzukommen, die dem Verantwortlichen durch nationale und/oder staatenübergreifende Gesetze, sowie durch die Gesetze der Länder, in die die Daten gegebenenfalls übermittelt werden, auferlegt worden sind. | I trattamenti di cui alla presente informativa avranno la durata strettamente necessaria agli adempimenti imposti al titolare dalle leggi nazionali e/o sovranazionali, nonché dalle leggi dei Paesi in cui i dati saranno eventualmente trasferiti. |
| **Rechte der betroffenen Personen** | Diritti degli interessati |
| Es wird abschließend darauf hingewiesen, dass die Artt. 15 bis 22 der EU-Verordnung den betroffenen Personen besondere Rechte verleihen. Insbesondere können die Betroffenen vom Verantwortlichen in Bezug auf die eigenen personenbezogenen Daten einfordern: das Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 13, Abs. 2, Buchst. d), das Auskunftsrecht (Art. 15); das Recht auf Berichtigung (Art. 16); das Recht auf Löschung - Recht auf Vergessenwerden (Art. 17); das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18); die Mitteilungspflicht im Zusammenhang mit der Berichtigung oder Löschung oder Einschränkung (Art. 19); die Datenübertragbarkeit (Art. 20); das Widerspruchsrecht (Art. 21) und den Ausschluss automatisierter Entscheidungsprozesse einschließlich Profiling (Art. 22). | Informiamo, infine, che gli artt. da 15 a 22 del Regolamento UE conferiscono agli interessati l 'esercizio di specifici diritti. In particolare, gli interessati potranno ottenere dal Titolare, in ordine ai propri dati personali: il diritto di proporre reclamo ad una Autorità di controllo (art. 13, comma 2, lett. d); l’accesso (art. 15); la rettifica (art. 16); la cancellazione – oblio - (art. 17); la limitazione al trattamento (art. 18); la notifica in caso di rettifica, cancellazione o limitazione (art. 19); la portabilità (art. 20); diritto di opposizione (art. 21) e la non sottoposizione a processi decisionali automatizzati e profilazione (art. 22). |
| **Verantwortlicher, Auftragsverarbeiter, Datenschutzbeauftragter** | **Titolare, Responsabile del Trattamento e Responsabile della Protezione dei dati personali**  |
| Verantwortlicher der Datenverarbeitung ist diese Verwaltung mit Sitz in Toblach, Graf-Künigl-Straße 1;Auftragsverarbeiter der personenbezogenen Daten ist der Gemeindesekretär und die Leiter der Organisationseinheiten, mit Domizil für dieses Amt am Sitz des Verantwortlichen;Datenschutzbeauftragter ist RA Paolo Recla, mit Domizil für dieses Amt am Sitz dieser Verwaltung. | Titolare del trattamento è questa Amministrazione, con sede in Dobbiaco, via Conti Künigl 1;Responsabile del Trattamento dei dati personali è il segretario comunale e i responsabili di unità organizzative, domiciliato per la carica presso la sede del Titolare;Responsabile della Protezione dei dati personali è l’avv. Paolo Recla, domiciliato per la carica presso la sede di questa amministrazione. |

1. Im Sinne von Art. 80, Abs. 4 des Gesetzesvertretenden Dekretes Nr. 50/2016, “*schwerwiegende Verstöße sind die der Unterlassung der Zahlung jener Steuern und Abgaben, die höher als der in Artikel 48-bis, Absätze 1 und 2-bis des Dekretes des Präsidenten der Republik Nr. 602 vom 29. September 1973 angeführte Betrag sind*. *Als endgültig festgestellte Verstöße gelten Urteile oder Verwaltungsakte, die nicht mehr angefochten werden können. Schwerwiegende Verstöße gegen die Sozialversicherungsbeiträge sind solche, die die Ausstellung des in Artikel 8 des Erlasses des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik vom 30. Januar 2015, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 125 vom 1. Juni 2015, genannten Einheitspapiers über die Ordnungsmäßigkeit der Sozialbeiträge (DURC) verhindern. Dieser Absatz gilt nicht, wenn der Wirtschaftsteilnehmer seinen Verpflichtungen nachgekommen ist, indem er die fälligen Steuern oder Sozialversicherungsbeiträge einschließlich etwaiger Zinsen oder Strafen gezahlt oder verbindlich zugesagt hat, sofern die Zahlung oder die entsprechende Zusage vor dem Ablauf der Frist für den Eingang der Anträge erfolgt ist.*” [↑](#footnote-ref-1)
2. Im Sinne von Art. 80, Abs. 5, Buchstabe c), werden als schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten, das Zweifel an der Integrität oder Verlässlichkeit der Organisation aufkommen lassen kann, angesehen: “*Erhebliche Mängel bei der Ausführung eines früheren Ausschreibungs- oder Konzessionsvertrags, die zu dessen vorzeitiger Auflösung führten, welche nicht gerichtlich angefochten, durch ein gerichtliches Verfahren bestätigt oder mit einer Schadensersatzverfügung oder anderen Sanktionen belegt wurden; der Versuch, den Entscheidungsprozess der Vergabestelle unangemessen zu beeinflussen oder vertrauliche Informationen zu seinem eigenen Vorteil zu erhalten; fahrlässig oder nachlässig falsche oder irreführende Angaben zu machen, die Entscheidungen über den Ausschluss, die Auswahl oder die Vergabe beeinflussen können, oder Informationen zu unterlassen, die für einen reibungslosen Ablauf des Auswahlverfahrens erforderlich sind;”.* [↑](#footnote-ref-2)